

Mehr Europa und mehr Demokratie für die Wirtschafts- und Währungsunion der EU der 28

Von Manuel Sarrazin und Annalena Baerbock, 10. Juli 2015

Die Krise in der Euro-Zone bedeutet eine Wegscheide für die Europäische Union. Im Binnenmarkt und mehr noch in der Währungsunion zeigt sich, wie groß die Risiken für das Projekt Europa und das Wohlergehen der UnionsbürgerInnen in den einzelnen Mitgliedstaaten sind, wenn Wirtschafts-, Haushalts-, Finanz-, Steuer-, und Sozialpolitik nicht ausreichend koordiniert und harmonisiert wird.

In den letzten Jahren wurden wichtige Schritte für eine Stärkung der wirtschaftspolitischen Steuerung unternommen. Dennoch zeigt sich mehr und mehr, dass diese Schritte allein nicht ausreichend sind. Gerade die aktuelle Griechenland-Krise ist ein deutlicher Weckruf, dass die EU dringend weitergehende Reformen braucht. Die EU braucht mehr gemeinsame Politik, mehr europäische Kompetenzen und vor allem mehr Demokratie. Denn das akute Krisenmanagement war bisher zu einseitig vom Handeln nationaler Regierungen geprägt, während das EU-Parlament als Herzstück der europäischen Demokratie kaum eine Rolle spielte. Zudem wurden etliche Vorschläge - unter anderem von uns Grünen - zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion nie umgesetzt. Gleichzeitig haben wir ein in diesem Ausmaß noch nie dagewesenes Aufrüsten in den nationalen Europa-Debatten erlebt. Angeführt von Kanzlerin Merkel hat sich ein fataler Politikstil in den Hauptstädten der EU breit gemacht, der die Europapolitik als Feld der nationalen Regierungen definiert, mehr Europa ablehnt und die Europapolitik gegenüber der eigenen Öffentlichkeit als Durchsetzung nationaler Interessen darstellt.

Fakt ist aber, dass Europa kein Kampf von Nationen ist. Es geht mehr als um wirtschaftliche Vorteile und die Verteilung von Geld und Reformen. Die Vertiefung der EU und ihrer gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsunion ist vor allem auch ein Demokratie- und Integrationsprojekt. Der Ausgleich von nationalen Interessen wurde immer davon getragen, dass es auch ein gemeinsames europäisches Interesse gibt, getragen von demokratischen Verfahren und starken Gemeinschaftsinstitutionen. Schon seit Jahren sehen wir, wie schwach selbst große und wirtschaftsmächtige Länder wie Italien sein können, wenn der Eindruck entsteht, dass sie alleine stehen. Gleichzeitig sehen wir, dass Europa in wichtigen Politikbereichen der Zukunft, von Klimaschutz bis Finanzmarktregulierung oder Datenschutz, im globalen Wettbewerb nur gemeinsam notwendige Maßnahmen und Regeln durchsetzen kann, die seine BürgerInnen im Sinne des europäischen Modells von sozialer Marktwirtschaft schützen. Und wir sehen, dass die BürgerInnen nur über mehr europäische Demokratie überhaupt noch Einfluss auf die Ausgestaltung dieser Politik behalten können.

Der Euro ist das täglich sichtbarste Zeichen unserer Europäischen Einigung. Europa muss mehr tun, damit diese historische Errungenschaft bleibt und uns weiterhin zwingt in der EU immer mehr immer enger gemeinsam zu machen. Dafür müssen gemeinsame Probleme gemeinsam gelöst und die Krise endlich auch durch eine Strategie der demokratischen Integration angegangen werden. Und dafür muss die EU eine echte Wirtschafts- und Währungsunion aller 28 Mitgliedstaaten werden mit mehr europäischen Kompetenzen und mehr europäischer Demokratie.

Raus aus den Hinterzimmern der Regierungen - rein in die Parlamente

→ Für mehr europäische Demokratie und Legitimation durch stärkere Parlamentarisierung:

Das **Europäische Parlament** ist die einzige direkte gewählte Vertretung der UnionsbürgerInnen und damit das Herzstück europäischer Demokratie. Um die Verfahren und Entscheidungen in der WWU stärker zu demokratisieren, muss daher die Rolle des EU-Parlaments gestärkt werden: Das EU-Parlament muss mitentscheiden, wenn im Europäischen Semester der Jahreswachstumsbericht oder die Länderspezifischen Empfehlungen beschlossen werden; wenn im Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein übermäßiges Defizit oder makroökonomisches Ungleichgewicht festgestellt

wird oder wenn in einem künftigen Europäischen Währungsfonds die Kredit- und Reformprogramme auszugestalten sind. Das EU Parlament sollte ein eigenes Initiativrecht erhalten, um eigene Gesetzesvorschläge einbringen zu können. Zudem könnte ein Sonderausschuss für Euro-Fragen mit besonderen Informationsrechten gegenüber dem Rat und der EU-Kommission eingerichtet werden, der die stärkeren Mitentscheidungsrechte des EP effizient vorbereitet. Dabei darf es für die Abgeordneten keine Beschränkung für eine Mitgliedschaft aufgrund ihrer nationalen Herkunft geben. Unnötige Parallelstrukturen à la Euro-Kammer oder Euro-Abgeordnete lehnen wir ab, da sie zur Schwächung bzw. Spaltung des Europäischen Parlaments führen würden. Nur mit einem starken EU-Parlament kann sichergestellt werden, dass den nationalen Interessen der nationalen Regierungen ein starkes europäisches Interesse entgegengestellt wird und die parlamentarische Kontrolle auch auf der Ebene erfolgt, auf der die Entscheidung getroffen wird.

Auch die **nationalen Parlamente** sollten gestärkt werden, um das Handeln ihrer Regierung auf europäischer Ebene besser kontrollieren zu können. In Artikel 12 des EU-Vertrags sollte ein Mindeststandard an Informations- und Unterrichtsrechte gegenüber der jeweiligen nationalen Regierung festgelegt werden. Zudem sollte der Dialog mit der EU-Kommission intensiviert werden und den nationalen Parlamenten ein begrenztes Fragerecht für länderspezifische Angelegenheiten eingeräumt werden. Im Gegenzug sollte der EU-Kommission eigene Kommunikationskanäle mit den nationalen Parlamenten eröffnet werden, bspw. durch ein Rederecht in Plenardebatten. Vetorechte im EU-Gesetzgebungsverfahren (Rote Karte) oder ein eigenes Initiativrecht für nationale Parlamente (Grüne Karte) sind abzulehnen.

Auch der **Austausch zwischen nationalen Parlamenten und dem EU-Parlament** sollte im Rahmen der Artikel-13-Fiskalvertragskonferenz gestärkt werden, da sie zu besserem gegenseitigen Verständnis beitragen und einen Austausch über best-practices ermöglichen. Diese Konferenz ist jedoch keinesfalls ein überzeugendes Konstrukt zur Legitimierung rein intergouvernementaler Politik noch verkörpert sie die notwendige parlamentarische Kontrolle und Mitentscheidung europäischer Beschlüsse.

EU braucht starke Gemeinschaftsinstitutionen - Schluss mit zwischenstaatlichen Lösungen

→ Für mehr europäische Demokratie durch starke Institutionen und gemeinschaftliches Handeln:

Nur mit starken Gemeinschaftsinstitutionen wird die Kompromissuche zwischen zum Teil höchst unterschiedlichen Interessen legitim, fair, demokratisch und europäisch zu organisieren sein. Neben dem EU-Parlament muss auch die Rolle der EU-Kommission gestärkt werden. Ein **starker EU-Kommissar für die Wirtschafts- und Währungsunion** sollte mit allen WWU-relevanten Kompetenzen ausgestattet sein; das Recht erhalten - nach Beteiligung des EU-Parlaments – nationale Haushaltsentwürfe abzulehnen; ständiger Vorsitzender des ECOFIN und der Euro-Gruppe sein sowie individuell vom EU-Parlament gewählt werden und abwählbar sein.

Zwischenstaatliche Instrumente wie der Fiskalvertrag oder Bankenabwicklungsfonds sollten aus Gründen der Rechtsicherheit, der Effizienz und der demokratischen Legitimation in die EU-Verträge integriert werden und alle Steuerungsverfahren und Instrumente stets im Rahmen der **Gemeinschaftsmethode** ausgestaltet werden.

Der ESM sollte im Rahmen der EU-Verträge zu einem **Europäischen Währungsfonds** umgebaut und die finanziellen ESM-Mittel von den nationalen Ebenen auf die europäische Ebene übertragen werden. Neben den ESM-Mitgliedern müsste dann das EU-Parlament über Kredit- und Reformprogramm mitentscheiden. Derzeit erleben wir 19 unterschiedliche nationale Parlamentsrechte, die in fünf Euro-Staaten (u.a. Deutschland) aus verfassungsrechtlichen Gründen so ausgestaltet sind, dass mit einem „Nein“ eines einzigen Parlaments ein Kreditpaket zum Scheitern gebracht werden könnte und somit ein nationales Parlament über die Zukunft eines anderen Euro-Staates bzw. der Euro-Zone entscheiden kann. Dieses Demokratiedefizit sollte behoben werden.

Europa in den Blick neben – nationale Nabelschau gefährden das europäische Interesse

→ Für mehr europäische Demokratie durch europäische Kommunikation:

Entscheidend ist, dass sich auch Politikstil und Kommunikation der nationalen Regierungen grundlegend ändert. Nur dann werden nachhaltige Krisenlösungen gemeinsam voranzubringen sein. Mit Hilfe ihrer Öffentlichkeitsarbeit müssen politische Entscheidungsträger Politik besser erklären, Verständnis für schwierige Entscheidungen schaffen und Sinn und Vorteil europäischer Kompromisse ins Zentrum ihrer politischen Kommunikation rücken. Immer wieder erleben wir einen Politikstil nationaler Regierungen - auch der deutschen -, der vorgeblich nationale Interessen überbetont, das europäische Interesse der innenpolitischen Opportunität opfert und damit die Europapolitik zum Existenzkampf von nationalen Interessen hochstilisiert.

Wir sind 28 - keine Spaltung der EU in Euro-Zone und den Rest

→ Für mehr Demokratie mit einer Wirtschafts- und Währungsunion, die zusammenhält:

Neue Verfahren und Instrumente der WWU sollten wie bisher grundsätzlich für **alle EU-Staaten** gelten, auch wenn es bei einzelnen Verfahren und Instrumenten notwendig sein kann, vorübergehend verschiedene Geschwindigkeiten und Durchsetzungsmechanismen zu entwickeln (wie im Stabilitäts- und Wachstumspakt). Dabei sollten vertiefende Maßnahmen für lediglich eine Gruppe von EU-Staaten immer in der **Verstärkten Zusammenarbeit** und im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren mit Beteiligung des EU-Parlaments verhandelt werden.

Eine **institutionelle Spaltung der EU muss verhindert werden**. Denn: Die Euro-Zone ist kein statisches Konstrukt. Allein in den letzten vier Jahren wurde in drei Ländern der Euro eingeführt und bis auf Großbritannien und Dänemark haben sich alle übrigen EU-Staaten verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Außerdem wäre eine Spaltung aufgrund von wirtschaftlich engverwobenen Euro-Staaten und Nicht-Euro-Staaten realitätsblind. Eine Spaltung würde zudem den historischen Erfolg der Osterweiterung untergraben, eine zwei-Klassen-Union schaffen und den Binnenmarkt als Kernbestandteil der EU gefährden. Aus diesen Gründen sollte die EU immer alle im Blick haben und kein Kerneuropa etablieren, das Entscheidungen treffen kann, die Auswirkungen auf andere EU-Staaten haben, ohne jedoch ihren Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu sichern. Dies wäre mit den Prinzipien der europäischen Einigung unvereinbar.

Mehr Europa und nationale Kleinstaaterei beenden

→ Für mehr europäische Kompetenzen:

Die Krise hat gezeigt, dass nationale Kleinstaaterei schnell zum Problem der gesamten EU werden kann. Deshalb braucht es Strukturen und Instrumente, die ausreichend stark und handlungsfähig sind, um die bestehenden Ungleichgewichte weiter zu reduzieren. Die bisherigen Fortschritte (u.a. EU-Semester, makroökonomisches Ungleichgewichtsverfahren, Bankenunion, ESM, EU-Investitionsfonds) waren wichtig, reichen aber nicht aus, um das Fortbestehen der gemeinsamen Währung und des Zusammenhalts im Binnenmarkt krisenfest zu sichern.

Wir fordern die **Stärkung des Europäischen Semesters** als zentrales wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument: Verfahren und Ziele brauchen mehr Parlamentsbeteiligung, damit die demokratische Legitimation und das Verantwortungsbewusstsein für die Umsetzung von Reformen erhöht werden kann. Bspw. sollten Nationale Reformprogramme im jeweiligen Parlament beschlossen und der Dialog mit der EU-Kommission bei der Erarbeitung länderspezifischer Empfehlungen gestärkt werden. Verfahren und Ziele brauchen mehr Transparenz durch öffentliche Debatte, damit sie nachvollziehbar und berechenbar werden. Verfahren und Ziele brauchen mehr inhaltliche Steuerung und Verbindlichkeit, damit die Ziele der EU-2020-Strategie erreicht werden und eine gemeinsame Politik möglich wird. Kosten-intensive Reformen könnten durch auflagen-

gebundene EU-Mittel unterstützt werden.

Wir fordern mehr **europäische koordinierte und finanzierte Zukunftsinvestitionen** die im Einklang mit den Zielen der EU-2020-Strategie stehen. Neben dem neu errichteten EU-Investitionsfonds für private und öffentliche Investitionen sollte auch der EU-Haushalt für öffentliche Investitionen gestärkt werden. Im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit sollte zudem ein neuer Zukunftsfonds innerhalb des EU-Haushalts geschaffen werden, der durch einen Europäischen Steuerpakt (Steuermehrnahmen aufgrund verbesserter europaweiter Kooperation bei Steuervermeidung und -hinterziehung) finanziert werden könnte.

Wir fordern eine **stärkere haushaltspolitische und makroökonomische Überwachung** mit Veto-Recht für EU-Kommission und EU-Parlament, einen **Schuldentilgungsfonds** mit Europäischen Anleihen, **mehr soziales Europa** mit Mindeststandards und Mindestsicherung und langfristig eine **gemeinsame Fiskalkapazität** mit notwendigen Stabilisierungsinstrumenten wie bspw. einer europäischen Basis-Arbeitslosenversicherung.

Die Wirtschafts- und Währungsunion demokratisch weiterentwickeln

→ Für einen Europäischen Konvent:

Für mehr Europa müssen teilweise die EU-Verträge geändert werden. Vertragsänderungen dürfen aber nicht allein in den Hinterzimmern der Staats- und Regierungschefs vorbereitet werden. Vielmehr sollte ein Europäischer Konvent - unter Federführung des EU-Parlaments und des Europäischen Rates, mit Beteiligung der EU-Kommission, der nationalen Regierungen und Parlamente und im Dialog mit der organisierten Zivilgesellschaft und den Sozialpartnern - die notwendigen Vertragsänderungen in einem öffentlichen, demokratischen und bürgerfreundlichen Verfahren diskutieren und gemäß Artikel 48 EUV Empfehlungen für die Konferenz der Vertreter der Regierungen erarbeiten. Die EU-Kommission, das EU-Parlament und die nationalen Regierungen (mit ihren nationalen Parlamenten) sind aufgefordert, die zu diskutierenden Vertragsänderungen zu erarbeiten und einzubringen.